



**jüdisches Forum
für Demokratie und gegen Antisemitismus**

Tätigkeitsbericht:

**Auswahl an Veranstaltungen und
Veröffentlichungen des Jüdischen Forums für
Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA)**

2011

1.AUFGABEN DES JFDA.....	3
2.VERANSTALTUNGEN UND KOOPERATIONEN IM RAHMEN DER ANTISEMITISMUSBEKÄMPFUNG UND FÖRDERUNG DES DEMOKRATISCHEN STAATSWESENS.....	4
NEONAZISTISCHER TERROR: VERHARMLOST - VERSCHWIEGEN – VERTUSCHT!?	
PODIUMSDISKUSSION AM 26. NOVEMBER 2011.....	5
PROTEST GEGEN DEN AL-QUDS-TAG - GEGEN ISLAMISTISCHE UND ANTISEMITISCHE PROPAGANDA AUF BERLINS STRASSEN – SOLIDARITÄT MIT ISRAEL UND DER IRANISCHEN FREIHEITSBEWEGUNG!	7
DIE LINKE UND DER ANTISEMITISMUS. PODIUMSDISKUSSION AM 03. JULI 2011	9
„ALLTAG IM GELOBTEN LAND“ – EIN GESPRÄCH MIT ULRICH W. SAHM	10
BÜCHERRÜCKGABE AN DIE JÜDISCHE GEMEINDE ZU BERLIN.....	11
PROJEKTPRÄSENTATION: „20 JAHRE WIEDERVEREINIGUNG – 20 JAHRE JÜDISCHE ZUWANDERUNG AUS DER EHEMALIGEN SOWJETUNION“.....	12
3. PRESSEMITTEILUNGEN (AUSWAHL).....	13
7. FEBRUAR 2011: STELLUNGNAHME ZUM FILM „TAL DER WÖLFE – PALÄSTINA“.....	14
25. JANUAR 2011: BRANDANSCHLAG IN GOSEN BEI ERKNER.....	15

1. Aufgaben des JFDA

Am 30. April 2008 wurde das von Lala Süsskind und Levi Salomon initiierte Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) mit der Unterstützung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin gegründet. Seit 2012 ist das Forum nun als Verein tätig. Zweck des JFDA sind die Stärkung des demokratischen Staatswesens, durch politische Bildung, Förderung von Kunst und Kultur, Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte, sowie die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten und des Völkerverständigungsgedankens. Hierzu gehört der Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus, sowie die Förderung des interkulturellen und interreligiösen Austauschs. Wir unterstützen dazu demokratische Institutionen und die Zusammenarbeit aller zivilgesellschaftlichen Akteure zum Schutz der Menschenrechte und des Grundgesetzes.

Antisemitismus wird als Hass gegen Juden verstanden, der sich sowohl verbal, als auch durch Gewalt manifestieren kann. Antisemitismus kann sich auch als Antizionismus ausdrücken. Hierbei wird an Stelle der „Juden“ die zionistische Bewegung – nämlich das Recht der Juden auf einen Staat – angegriffen und/ oder in Frage gestellt. Ebenso wird berechtigte Kritik an diesem demokratischen Staat genutzt, um durch überzogene und einseitige Stellungnahme den Staat Israel zu diffamieren und zu delegitimieren (in Anlehnung an die Working Definition of Antisemitism der OSZE).

Das JFDA verfolgt seine Ziele durch Bildungs-, Öffentlichkeits- und Kulturarbeit, wie beispielsweise die Organisation von Vortragsreihen und Konferenzen, die Herausgabe von Resolutionen und Publikationen, sowie das Erstellen von Dokumentationen. Außerdem führt es ein unabhängiges Monitoring durch und erfasst und bewertet antisemitische Vorfälle und Tendenzen, sowie andere gegen das Grundgesetz und die Menschenrechte gerichtete Vorkommnisse. Damit sollen die Öffentlichkeit sowie staatliche Institutionen auf Probleme aufmerksam gemacht und für Gegenmaßnahmen gewonnen werden.

2. Veranstaltungen und Kooperationen im Rahmen der Antisemitismusbekämpfung und Förderung des Demokratischen Staatswesens

Neonazistischer Terror: Verharmlost - verschwiegen – vertuscht!?

Podiumsdiskussion am 26. November 2011

18 Uhr in der Neuen Synagoge Berlin, Oranienburger Straße 28/30, 10117 Berlin

Es diskutieren mit Ihnen:

Wolfgang Thierse,
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Reinhard Borgmann,
Leitung der Sendung „Kontraste“ der RBB/ARD

Carl Chung,
Stiftung SPI - Mobiles Beratungsteam „Ostkreuz“ - für Demokratieentwicklung,
Menschenrechte und Integration

Moderation:

Jörg Fischer-Aharon,
Journalist, Bildungsreferent (und Aussteiger aus der Neonaziszene)

Grußwort:

Mirjam Marcus,
Stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Jüdischen zu Berlin

Eine neonazistische Terrorzelle namens "Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU) hat das letzte Jahrzehnt hindurch in ganz Deutschland eine Blutspur hinterlassen. Die Gruppe ermordete mindestens zehn Menschen aus rassistischen Gründen. Bisher ist ungeklärt, für wie viele Taten die Gruppe insgesamt verantwortlich war. Auch mehrere abscheuliche antisemitische Straftaten könnten von ihnen begangen worden sein. Bis heute blieben beispielsweise die Sprengstoffanschläge auf das Grab von Heinz Galinski, dem ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, im Jahre 1998, ungeklärt. Des Weiteren ein Anschlag auf zehn Menschen – sechs von ihnen Juden - in Düsseldorf im Juli 2000, bei dem der Splitter eines Sprengsatzes ein ungeborenes Kind tötete. Auch ein Brandanschlag auf die Trauerhalle des jüdischen Friedhofs in Potsdam Anfang 2001 trägt die Handschrift der Neonazis.

Politik und Medien reagieren überrascht – rechtsextremer Terror ist wieder im Fokus der Öffentlichkeit. Diese stellt sich aber nun auch die Frage, welche Rolle die Sicherheitsbehörden, insbesondere der Verfassungsschutz dabei spielen oder gespielt haben. Die Vorkommnisse bergen so manches Rätsel: Wie konnten die neonazistischen Terroristen Menschen brutal ermorden, obwohl sie den Behörden namentlich bekannt waren? Mit welchen Mitteln erreichen wir nicht nur eine momentane Aufmerksamkeit, sondern eine beständige und nachhaltige Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt? Welche Konsequenzen sind hinsichtlich der Arbeit der Sicherheitsbehörden zu ziehen und warum wurden nicht schon früher offensichtliche Fehler aufgedeckt? Welche Rolle spielt die neonazistische NPD und welche Möglichkeiten gibt es für ein Verbot dieser Partei und was würde ein Verbot der NPD überhaupt bewirken?

Über diese und andere Fragen wollen wir bei einer Podiumsdiskussion mit Experten aus Zivilgesellschaft, Medien und Politik – und natürlich mit unserem Publikum – debattieren.

Organisationsleitung:

Levi Salomon,

Beauftragter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin für die Bekämpfung des Antisemitismus,
Vorsitzender des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA)

Protest gegen den Al-Quds-Tag - Gegen islamistische und antisemitische Propaganda auf Berlins Straßen – Solidarität mit Israel und der iranischen Freiheitsbewegung!

Samstag, 27. August 2011

Joachimstaler Str. / Kurfürstendamm ("Joachimstaler Platz")

Beginn: 14:30 Uhr.

<http://no-al-quds-tag.de/index.php?site=artikel1&id1=24>

Seit 1979 folgen jährlich zum Ende des Fastenmonats Ramadan islamistische Organisationen weltweit dem Aufruf zum „Al-Quds-Tag“ als Kampftag des politischen Islam. Ajatollah Khomeini forderte nach der islamistischen Machtergreifung im Iran seine Anhänger und Anhängerinnen zur weltweiten Ausbreitung der islamischen Revolution, zur „Befreiung“ Jerusalems und zur Vernichtung Israels auf. Zudem versucht der Iran, seinen politischen und militärischen Einfluss auszubauen, indem er sich um eine Beeinflussung der Unruhen und Umwälzungen in der arabischen Welt bemüht. Gleichzeitig beteiligen sich iranische Elitesoldaten an der blutigen Bekämpfung und Unterdrückung der oppositionellen Demonstrationen in Syrien, die sich gegen das eng mit dem iranischen Regime verbundene Assad-Regime richten.

In dieser Tradition verbreitet der Präsident der Islamischen Republik Iran, Mahmoud Ahmadinejad, seit Jahren Hasspropaganda gegen die USA und Israel. Gleichzeitig unterstützt das Mullah-Regime mit Geld und Waffen antisemitisch ausgerichtete Terrororganisationen wie Hisbollah und Hamas gegen Israel und seine Verbündeten, es leugnet den Holocaust, arbeitet an seiner atomaren Bewaffnung, ignoriert Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates und übt im Iran eine blutige Terrorherrschaft aus. Seit 1979 und besonders seit dem Aufstand von Millionen mutiger Iranerinnen und Iranern im Sommer 2009 werden politisch Andersdenkende, Angehörige religiöser, ethnischer und sexueller Minderheiten sowie Frauen verfolgt, gefoltert und ermordet. Bis heute versuchen das Mullah-Regime und Anhänger des politischen Islam, den Al-Quds-Tag auch international als "religiösen Feiertag" zu etablieren. Nach den Aufklärungskampagnen unseres Gegenbündnisses wurde der Al-Quds-Tag zumindest in Deutschland von interreligiösen Kalendern entfernt.

Seit 1996 wird fast jedes Jahr in islamistischen Kreisen zum Al-Quds-Aufmarsch in Berlin mobilisiert. Dieses Jahr wird er für den 27. August angekündigt. Erneut ist eine Beteiligung von Neonazis, sogenannten "Antiimperialisten" und anderen Sympathisanten des Mullah-Regimes zu erwarten. Ihr Ziel ist klar: Ihre Agitation gegen Israel, der noch immer einzigen Demokratie im Nahen und Mittleren Osten, soll den jüdischen Staat dämonisieren. Das menschenverachtende Regime der Islamischen Republik Iran und ihres Führers Khamenei sollen öffentlich glorifiziert werden. Demokratie, Freiheit und Menschenrechte – wie sie in der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" definiert sind – sollen verhöhnt werden. Protestaktionen der letzten Jahre haben bewirkt, dass dies heute nicht mehr so offen geschieht wie in den Anfangsjahren, dass die Islamisten ihre Rhetorik entschärfen mussten und eine öffentliche Debatte zum Thema angestoßen wurde.

Wir – das sind verschiedene politisch und sozial engagierte Gruppen und Einzelpersonen - rufen deshalb auch in diesem Jahr zu einer Kundgebung gegen den antisemitischen und antidemokratischen "Al-Quds-Tag" auf.

Demonstrieren Sie gemeinsam mit uns gegen jede Form von antisemitischer, antiisraelischer und antiwestlicher Propaganda, gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Islamischen Republik Iran und für Solidarität mit Israel und der iranischen Freiheitsbewegung!

Personen, die extrem rechten oder rechtspopulistischen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtspopulistischen Szene zuzuordnen sind oder durch rassistische, fremdenfeindliche, antisemitische, homophobe oder sonstige diskriminierende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, sind auf der Veranstaltung nicht erwünscht. Ferner bitten die Organisatorinnen und Organisatoren darum, die Proteste nicht für Wahlkampfzwecke zu missbrauchen.

Initiativkreis:

- Jüdische Gemeinde zu Berlin,
- Anti-Defamation Center - Bildungswerk für Demokratie und Kultur gemn. e.V. (ADC Bildungswerk),
- Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA),
- Green Party of Iran - Deutschland, -
- Stop the Bomb,
- Deutsch-Israelische Gesellschaft - Arbeitsgemeinschaft Berlin/Potsdam (DIG),
- Bund der Verfolgten des Naziregimes Berlin e.V. (BVN),
- Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus e.V.

Unterstützer: (Stand 7.08.2011)

- Honestly Concerned e.V
- Redaktion haOlam.de
- I Like Israel e.V. (ILI)
- Hamburg für Israel e.V.

Die Kundgebung findet statt am Samstag, dem 27. August 2011. Joachimstaler Str. / Ecke Kurfürstendamm ("Joachimstaler Platz"), Beginn: 14:30 Uhr.

DIE LINKE und der Antisemitismus. Podiumsdiskussion am 03. Juli 2011

Es diskutieren:

Sebastian Voigt – Historiker aus Leipzig, Mitautor der Analyse „Antisemiten als Koalitionspartner? – die Linkspartei zwischen antizionistischem Antisemitismus und dem Streben nach Regierungsfähigkeit“

Stefan Liebich – MdB, Die Linke

Gunnar J. Schupelius – Focus Magazin, Leiter des Hauptstadtbüros

Moderation:

Maya Zehden – Pressesprecherin der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Ort: Centrum Judaicum - Stiftung neue Synagoge Berlin, Großer Saal, Oranienburger Straße 28-30, 10117 Berlin

Zeit: Sonntag, 3. Juli 2011 um 14 Uhr

In diesen Tagen wird DIE LINKE in der öffentlichen Debatte verstärkt mit dem Vorwurf des Antisemitismus konfrontiert. Viel wurde dabei über „Israelbezogenen Antisemitismus“ innerhalb der Partei diskutiert. Anstoß hierzu lieferte eine Analyse von Samuel Salzborn und Sebastian Voigt. Das Thema führte schließlich auch zu einer kontroversen Debatte im Bundestag.

„Wir brauchen uns von nichts abkehren. Unsere Parteispitze ist klar gegen Antisemitismus“ erwiderte Luc Jochimsen auf die Vorwürfe im Bundestag. Zur Bestätigung verfasste die LINKE-Bundestagsfraktion kurz darauf einstimmig ein Beschluss, in dem einige Tabus im Umgang mit Israel festgeschrieben wurden. Boykottaufrufe gegen Israel, eine Ein-Staaten-Lösung sowie eine erneute Beteiligung an der Gaza-Flottille seien demnach für DIE LINKE indiskutabel. Zehn Fraktionsmitglieder verließen zur Abstimmung den Saal, fünf weitere erschienen gar nicht erst. Verschiedene Stimmen aus der Partei äußerten später, es handele sich um einen „Maulkorberlass“ und wiesen die Entscheidung der Bundesfraktion zurück. Dieter Graumann vom Zentralrat der Juden in Deutschland attestierte daraufhin: Der Versuch einer Befreiung der „Linkspartei aus dem Kerker des Israel-Hasses (...) ist einstweilen spektakulär missglückt.“

Hat die Partei Die Linke ein Antisemitismus-Problem? Wie verläuft die Debatte innerhalb der Partei und wie ist es um das Verhältnis zwischen Antisemitismus und Positionierungen im Nahostkonflikt bestellt? Was für ein Begriff von Antisemitismus herrscht vor? Diese und weitere Fragen kommen zur Sprache...

Eine Veranstaltung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und des Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus.

Organisation und Kontakt: Levi Salomon, Beauftragter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin für die Bekämpfung des Antisemitismus, Vorsitzender des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA), Oranienburger Straße 28-30, 10117 Berlin.

Email:levi.salomon@gmail.com

„Alltag im Gelobten Land“ – Ein Gespräch mit Ulrich W. Sahn

Dienstag 15. Juni 2011, Neue Synagoge Berlin

1950 in Bonn geboren als Sohn eines deutschen Diplomaten. Studium der evangelischen Theologie, Judaistik und Linguistik in Deutschland, ab 1970 Studium der Hebräischen Literatur an der Hebräischen Universität in Jerusalem.

Seit 1975 Nahost-Korrespondent für deutsche Medien mit Sitz in Jerusalem. Er hält Vorträge in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Ulrich Sahms besonderes Merkmal ist gründliche Recherche in Kombination mit seiner Insiderperspektive, was das Leben in diesem nahen und doch so fremden Nachbarland antreibt und hemmt. In seinem Buch „Alltag im gelobten Land“ schildert er Kriegsschrecken neben archäologischen Sensationen, kulinarische Entdeckungen neben politischen Absurditäten.

Verantwortlich: Levi Salomon,

levi.salomon@jg-berlin.org

Veranstaltung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, dem Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus sowie der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Berlin und Potsdam

Bücherrückgabe an die Jüdische Gemeinde zu Berlin

Mittwoch, 13. April 2011

Die Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB) hat am 13. April 2011 in Anwesenheit des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Kulturstaatsminister Bernd Neumann (MdB), zehn Bücher und drei Zeitschriftenbände an die Jüdische Gemeinde Berlin restituiert, die ihr während der Zeit des Nationalsozialismus geraubt wurden. Die Bücher konnten im Rahmen eines Forschungsprojektes identifiziert werden, das durch die Arbeitsstelle für Provenienzrecherche/-forschung (AfP) mit Mitteln des BKM sowie mit Mitteln des Landes Berlin gefördert wurde. Einen Videobeitrag von Levi Salomon finden Sie unter:

<http://www.jg-berlin.org/beitraege/details/buecherrueckgabe-an-die-juedische-gemeinde-zu-berlin-i423d-2011-04-14.html>

Projektpräsentation: „20 Jahre Wiedervereinigung – 20 Jahre jüdische Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion“

Dienstag, den 18. Januar 2011, 19:00 Uhr, Neue Synagoge Berlin, Großer Saal,
Oranienburgerstraße 28-30

Grußworte:

Lala Süsskind, Jüdische Gemeinde zu Berlin

Dr. Wilfried Ströhm, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Festrede:

Dr. Gabriele Hauser, Bundesministerium des Inneren

Vorstellung der Projektergebnisse:

Broschüre „Doswidanja Sowjetunion – Guten Tag Deutschland“: Andre Lossin, JGzB

Dokumentarfilm „Doswidanja – Schalom – Guten Tag“ von Levi Salomon, JFDA und JGzB

Am 9. Januar 1991 traf die Ministerpräsidentenkonferenz der Länder eine politische Entscheidung und beschloss, das seit 1980 bestehende *Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommener Flüchtlinge* (HumHAG) auf die jüdischen Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion auszuweiten. Durch das sog. *Kontingentflüchtlingengesetz* erlangten diese ohne Asylverfahren eine Rechtsstellung nach der Genfer Flüchtlingskonvention, einschließlich unbefristeter Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, Unterbringung, Deutschkurs und Sozialunterstützung.

Rund zwei Jahrzehnte später gingen wir in unserem Projekt den zentralen Fragen nach, ob 20 Jahre jüdische Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion ein Beispiel gelungener Integration ist, inwiefern diese Zuwanderung Deutschland bereichert hat und in welcher Form sie das jüdische Leben in Deutschland verändert hat. Die Projektergebnisse sollen nun der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Das Projekt wurde vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung gefördert.

3. Pressemitteilungen (Auswahl)

7. Februar 2011: Stellungnahme zum Film „Tal der Wölfe – Palästina“

Der Film „Tal der Wölfe – Palästina“ löst bei der Jüdischen Gemeinde zu Berlin (JGzB) Besorgnis aus. Die Produktion ist nicht bloß Ausdruck der verschlechterten Beziehungen zwischen der Türkei und Israel, sondern auch Zeichen für die antisemitische Hetze, die hier andocken kann. Dass der Film nun auch in Kinos in Berlin sowie anderen Städten in der Bundesrepublik gezeigt wird, ist der Erziehung zur Demokratie nicht förderlich. Dass solche filmische Hasspropaganda ausgerechnet zum 27. Januar, dem Gedenktag für die Opfer der Schoa, ins Kino gekommen ist, ist skandalös.

Der Film wirkt wie ein klassischer Actionfilm, bei dem Schusswechsel statt Wortwechsel im Vordergrund steht. Ausgangspunkt des Films ist eine Szene auf einem Schiff, das Hilfsgüter nach Gaza bringen will und dabei von der israelischen Armee angegriffen wird. Die israelischen Soldaten feuern dabei wahllos auf Männer, Frauen und Kinder. Alles was von der Schiffsbesatzung ausgeht, ist dagegen verzweifelte Notwehr mit Stöcken. Als Urheber dieses Blutbads wird ein Israeli namens Moshe ausgemacht, gegen den sich ein Rächerkommando aufmacht, um ihn zu töten. Viele Schießereien, Blutbäder und Tote später gelingt dieses Vorhaben.

Der Film zeigt – wie große Teile der Berichterstattung im letzten Jahr – ein falsches Bild von der Auseinandersetzung um die sog. „Free Gaza“-Flottille. Deren den heldenhaften „Friedensaktivisten“ werden auch im Film den blutrünstigen Israelis gegenübergestellt. Dass sich auf der Mavi Marmara ein Bündnis befand, das unter antisemitischen Schlachtgesängen ausgelaufen war, wird nicht thematisiert, ebenso wenig wie der Lynchmob, dem sich die israelischen Soldaten gegenüber sahen und dass Menschen an Bord waren, die als „Märtyrer“ sterben wollten.

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin hat bereits 2010 auf antisemitische Propaganda hingewiesen, die sich auf die einseitige Verurteilung Israels stützt. „Tal der Wölfe – Palästina“ entspricht exakt den Kriterien der Arbeitsdefinition „Antisemitismus“ EUMC – bezüglich Israel werden doppelte Standards angelegt, der jüdische Staat wird dämonisiert und delegitimiert. Alle Film-Israelis werden als böse dargestellt und exemplarisch für den Staat Israel werden dessen Repräsentanten ausnahmslos umgebracht. Der Mord an israelischen Soldaten wird zur Heldentat stilisiert. Das empfinden wohl auch Teile der Zuschauer in Berlin so, die während des Films immer wieder applaudieren. Auch in der TV-Serie "Tal der Wölfe" kommen bereits in einer älteren Episode zum Irak lupenreine antisemitische Klischees vor, etwa dort, wo ein jüdischer Arzt Organe irakischer Gefangener und Kriegstoter nach Tel Aviv, London und New York verkauft.

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin schließt sich dem Protest gegen die Ausstrahlung in Deutschland an. Der Film ist pure antiisraelische und antisemitische Hasspropaganda und verkehrt Realitäten. Die Jüdische Gemeinde zu Berlin appelliert deshalb an alle Kinobetreiber, den Film nicht zu zeigen. Hasspropaganda und Demokratie sind nicht vereinbar.

25. Januar 2011: Brandanschlag in Gosen bei Erkner

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin ist bestürzt über die Nachricht, dass auf einen Bungalow in einer Kleingartenanlage in Gosen bei Erkner ein offensichtlich antisemitisch motivierter Brandanschlag verübt worden ist. Die Fassade des Hauses ist außerdem mit einem Davidstern und dem Wort „Raus!“ beschmiert worden. Der Mann der Gartenbesitzerin bekennt sich zum jüdischen Glauben.

Wir verurteilen diesen feigen und unentschuldbaren Angriff, der sich gegen Menschen anderen Glaubens richtet. Nur mit vereinten Kräften können wir gegen Antisemitismus und Rassismus vorgehen. Gefragt sind dabei sowohl staatliche Institutionen als auch zivilgesellschaftliches Engagement. Dieser Art von Bedrohung müssen wir gemeinsam entgegenwirken.